

No. 47190

—
**Germany
and
European Schools**

**Agreement concerning the European Schools in Karlsruhe and Munich. Brussels,
16 December 1993**

Entry into force: *26 August 1998 by notification, in accordance with article 13*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 23 February 2010*

—
**Allemagne
et
Écoles européennes**

**Accord concernant les Écoles européennes à Karlsruhe et à Munich. Bruxelles,
16 décembre 1993**

Entrée en vigueur : *26 août 1998 par notification, conformément à l'article 13*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 23 février 2010*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen über die Europäischen Schulen in
Karlsruhe und München**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Oberste Rat der Europäischen Schulen -

von dem Wunsche geleitet, im Sinne des Artikels 28 der am 12. April 1957 in Luxemburg unterzeichneten Satzung der Europäischen Schule, auf die im Artikel 1 des am 13. April 1962 in Luxemburg unterzeichneten Protokolls über die Gründung Europäischer Schulen Bezug genommen wird, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß die Europäische Schule in Karlsruhe und die Europäische Schule in München (im folgenden "Schulen" genannt) ihre Aufgaben unter den bestmöglichen ideellen und materiellen Bedingungen erfüllen können -

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel 1
Gebäude und Ausstattung der Schulen

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, dem Obersten Rat der Europäischen Schulen zum Zweck und für die Dauer des Betriebs der Schulen die dafür erforderlichen Gebäude sowie eine Erstausrüstung an Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Karlsruhe bleiben Eigentümer der Schulgrundstücke in München bzw. in Karlsruhe nebst den darauf errichteten Gebäuden und der Einrichtungsgegenstände der Erstausrüstung. Sie übernehmen die Unterhaltung der Gebäude in Dach und Fach und die Haftung für Risiken, die üblicherweise vom Eigentümer getragen werden. Die laufenden Lasten und die nutzungsbedingten Instandhaltungskosten sowie die Haftung für die mit der Benutzung verbundenen Schäden, insbesondere die Haftung des Benutzers für Schäden an der benutzten Sache,

übernehmen die Schulen. Die von ihnen beschafften Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel bleiben Eigentum der Schulen.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Karlsruhe versichern die Schulgebäude nach Maßgabe der örtlich geltenden Bestimmungen.

Kapitel 2 Vorrechte und Befreiungen

Artikel 2

(1) Die Gebäude der Schulen stehen unter dem besonderen Schutz der deutschen Behörden.

(2) Die Archive der Schulen sind unverletzlich. Im Rahmen der Verfolgung von Straftaten können durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden jedoch Akten eingesehen werden. Personalakten von Lehrkräften, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, dürfen in jedem Fall nur mit vorheriger Zustimmung des Vertreters des Obersten Rats eingesehen werden.

Artikel 3

(1) Haben die Schulen Gegenstände erworben oder sonstige Leistungen in Anspruch genommen, die ausschließlich für ihren satzungsgemäßen Bedarf bestimmt sind, so vergütet das Bundesamt für Finanzen die ihnen hierfür von dem Unternehmer in Rechnung gestellte und von ihnen bezahlte Umsatzsteuer auf Antrag aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer, wenn der Steuerbetrag im Einzelfall fünfzig Deutsche Mark übersteigt. Satz 1 gilt nicht für den Erwerb von Lebensmitteln und Tabakerzeugnissen.

(2) Die Vergütung nach Absatz 1 wird nur gewährt, soweit die anderen Satzungsmitglieder den in ihren Hoheitsgebieten ansässigen Europäischen Schulen eine entsprechende Steuerentlastung gewähren.

(3) Die Vergütung ist unter Beifügung der in Betracht kommenden Rechnungen für jede Schule gesondert beim Bundesamt für Finanzen zu beantragen. Der Antrag ist bis zum Ablauf des Kalenderjahres einzureichen, das dem Jahr des Umsatzes folgt. Er soll alle Vergütungsansprüche eines Abrechnungszeitraumes, der mindestens ein Kalendervierteljahr beträgt, umfassen. Den Schulen sind schriftliche Bescheide zu erteilen, wenn den Anträgen nicht entsprochen wird.

(4) Mindert sich der Steuerbetrag, hat die betreffende Schule das Bundesamt für Finanzen unverzüglich zu unterrichten. Der zuviel erhaltene Vergütungsbetrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntwerden der Minderung zurückzuzahlen. Er kann mit den Vergütungsansprüchen aufgrund eines in diesem Zeitraum abgegebenen Antrags verrechnet werden.

Artikel 4

Die Einfuhr von Gegenständen, die ausschließlich für den satzungsgemäßen Bedarf der Schulen bestimmt sind, ist einfuhrumsatzsteuerfrei. Dies gilt nicht für die Einfuhr von Lebensmitteln und Tabakerzeugnissen. Artikel 3 Absatz 2 gilt entsprechend.

Artikel 5

Wird ein Gegenstand veräußert, den die Schulen für den satzungsgemäßen Bedarf erworben oder eingeführt haben und für dessen Erwerb oder Einfuhr ihnen eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer nach Artikel 3 Absatz 1 oder Artikel 4 gewährt worden ist, so ist der Teil der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis entspricht, an das Bundesamt für Finanzen abzuführen. Der abzuführende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Veräußerung für die Lieferung des Gegenstandes geltenden Steuersatzes ermittelt werden. Artikel 3 Absatz 4 gilt entsprechend.

Artikel 6

(1) Die beiden Zulagen, die der Oberste Rat der Europäischen Schulen den Direktoren und den Lehrern der Schulen aufgrund der Vorschriften des Statuts des Lehrpersonals der Europäischen Schulen in der jeweils geltenden Fassung zahlt, sind von dem auf sie entfallenden Teil der Einkommensteuer befreit.

(2) Die Gehälter und ähnlichen Bezüge, die ein anderes im Obersten Rat vertretenes Satzungsmitglied den von ihm an die Schulen entsandten Lehrkräften einschließlich des Direktors für ihre Tätigkeit an diesen Schulen zahlt, sind unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit von dem auf sie entfallenden Teil der Einkommensteuer befreit, wenn der entsendende Mitgliedstaat sie seinen Steuern vom Einkommen unterwirft.

Artikel 7

Die Mitglieder des Obersten Rats und der Inspektionsausschüsse genießen bei der Wahrnehmung ihrer Ämter sowie auf der Reise zum und vom Tagungsort:

1. Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
2. Befreiung von allen Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer;
3. dieselben Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag.

Artikel 8

Die ausländischen Bediensteten der Schulen sowie die zu ihrem Haushalt gehörenden und von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder unterliegen nicht dem Erfordernis der Aufenthaltserlaubnis. Die Bestimmungen über die allgemeine Meldepflicht nach den Meldegesetzen der Länder der Bundesrepublik Deutschland bleiben unberührt.

Artikel 9

Den ausländischen Bediensteten der Schulen stehen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland dieselben Vorrechte in bezug auf Devisenvorschriften zu, wie sie allgemein den Mitgliedern des Personals internationaler Organisationen gewährt werden.

Artikel 10

(1) Für das Lehr- und Verwaltungspersonal der Schulen gelten - vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 - nicht die deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung sowie über das Kindergeld und die Beitrags- und Umlagepflicht nach dem Arbeitsförderungs-gesetz,

1. soweit diese Bediensteten dem System der sozialen Sicherheit der Europäischen Schule angehören und
2. sofern seitens der Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit dem Obersten Rat diesem gegenüber erklärt wird, daß die sozialen Leistungen des Systems der Europäischen Schule ausreichend sind und die Befreiung von den deutschen Vorschriften nach dieser Bestimmung unter Berücksichtigung der Interessen der Europäischen Schulen und ihres Lehrpersonals gerechtfertigt ist; die Befreiung von den deutschen Vorschriften tritt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland im Bundesanzeiger ein; sie wirkt auch auf den Zeitpunkt vor der Erklärung zurück, der in der Erklärung bestimmt wird, mindestens aber auf einen Zeitpunkt, der fünf Jahre vor der Veröffentlichung der Erklärung im Bundesanzeiger liegt.

(2) Im Falle eines Bediensteten, der bei Abgabe der Erklärung nach Absatz 1 Nr. 2 von einer Schule beschäftigt wird, erfolgt eine Befreiung von den Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund des Absatzes 1 nur, wenn er damit einverstanden ist. Das Einverständnis ist gegenüber dem Träger der Rentenversicherung binnen eines Jahres nach dem Zeitpunkt abzugeben, in dem seitens der Bundes-

republik Deutschland die Erklärung nach Absatz 1 Nr. 2 abgegeben worden ist; die Frist wird auch gewahrt, wenn die Erklärung gegenüber einem unzuständigen Träger der Rentenversicherung abgegeben wird. Die Versicherungspflicht entfällt mit Eingang der Einverständniserklärung. Der Bedienstete kann bestimmen, daß die Versicherungspflicht mit einem früheren Zeitpunkt der Beschäftigung bei der Schule entfällt, frühestens jedoch mit dem mit der Erklärung seitens der Bundesrepublik Deutschland nach Absatz 1 Nr. 2 letzter Halbsatz bestimmten Zeitpunkt.

(3) Der Befreiung nach den Absätzen 1 und 2 gehen die Versicherungsfreiheit und die Befreiung von der Versicherungspflicht nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen vor.

Artikel 11

(1) Sind Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für einen Zeitraum entrichtet worden, für den eine Versicherungspflicht aufgrund des Art. 10 nicht besteht, so sind diese Beiträge nach Maßgabe der deutschen Vorschriften für zu Unrecht entrichtete Beiträge zu erstatten. Sie sind, soweit eine Erstattung geltend gemacht wird, nach Konsultation mit dem Obersten Rat gemäß Art. 10 Abs. 1 Nr. 2 vorrangig zur Begründung oder Auffüllung von Anwartschaften des Bediensteten im Versorgungssystem der Organisation an diese auszus zahlen. Der Erstattungsanspruch verjährt abweichend von § 27 Abs. 2 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Erklärung nach Art. 10 Abs. 2 abgegeben worden ist. Nicht erstattete Beiträge gelten, ohne daß es einer Beanstandung bedarf, als für die freiwillige Versicherung entrichtet, wenn das Recht dazu in der Zeit der Entrichtung bestand.

(2) Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung sowie Beiträge und Umlagen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, die für die Zeit vor dem 14. August 1985 entrichtet worden sind, werden nicht erstattet.

Artikel 12

Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen werden den Direktoren, den Lehrkräften sowie dem Verwaltungspersonal der Schulen ausschließlich im Interesse der Schulen gewährt. Maßnahmen zur Abberufung eines Mitglieds der Lehrkörper der Schulen aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erst nach Anhörung des Vertreters des Obersten Rats einleiten.

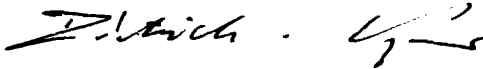
Kapitel 3
Schlußbestimmung

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Obersten Rat der Europäischen Schule notifiziert, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Brüssel am 16. DEZEMBER 1993
in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland:



Für den Obersten Rat der Europäischen Schule:



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT CONCERNING THE EUROPEAN SCHOOLS IN
KARLSRUHE AND MUNICH

The Government of the Federal Republic of Germany and the Executive Board of the European Schools,

Desiring to ensure that the European School in Karlsruhe and the European School in Munich (hereinafter referred to as “the Schools”) are able to fulfil their tasks in the best possible intellectual and material conditions, in accordance with the Article 28 of the Statutes of the European School signed in Luxembourg on 12 April 1957, referred to in Article 1 of the Protocol concerning the establishment of European Schools of 13 April 1962,

Have agreed as follows:

CHAPTER 1. SCHOOL BUILDINGS AND EQUIPMENT

Article 1

(1) The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to make available, free of charge, the requisite buildings and initial fixtures, such as furnishings and teaching materials, to the Executive Board of the European Schools for use by the Schools for the duration of their operation.

(2) The Federal Republic of Germany and the city of Karlsruhe shall remain the owners of the school land in Munich and in Karlsruhe, respectively, together with the buildings erected thereon and initial fixtures. They shall take on buildings maintenance and risk liability, which are usually borne by the owner. The Schools shall take on running costs and maintenance costs, as well as liability for damage caused by wear, especially users’ liability for damage. Fixtures and teaching materials procured by the Schools shall remain their property.

(3) The Federal Republic of Germany and the city of Karlsruhe shall insure the school buildings in accordance with locally applicable requirements.

CHAPTER 2. PRIVILEGES AND IMMUNITIES

Article 2

(1) The Schools’ premises shall be under the special protection of the German authorities.

(2) The Schools’ records shall be confidential. However, files can be viewed in the framework of prosecution of criminal offences by the relevant prosecuting authorities.

Without exception, the personal files of teachers who do not possess German nationality may be viewed only with the prior agreement of the representative of the Executive Board.

Article 3

(1) If the Schools purchase articles or receive other services exclusively for their statutory requirements, the Ministry for Finance shall, upon request, refund the sales tax on those articles included in the supplier's invoice and paid by the Schools, when the tax exceeds DM 50.00. Sentence 1 shall not apply to purchases of food and tobacco products.

(2) The refund referred to in paragraph 1 shall only be granted if the other Members of the Statute grant corresponding tax relief to the European Schools established on their sovereign territories.

(3) Refund applications shall be made by each School individually to the Ministry for Finance, enclosing the invoices to be considered. An application shall be submitted before the end of the calendar year following the year in which the sales tax was levied. It should include all refund applications for an accounting period, which shall cover at least one quarter. The Schools shall be notified in writing if applications are not granted.

(4) If the tax amount decreases, the School concerned shall notify the Ministry for Finance at once, and the excessive refund shall be repaid within one month of notification. It can be settled in the framework of the refund application submitted in this period.

Article 4

The import of goods which the Schools require exclusively for their official use shall be exempt from import tax. This shall not apply to the import of food and tobacco products. Article 3, paragraph 2, shall apply accordingly.

Article 5

If the Schools dispose of an article acquired or imported for their official use, and on whose purchase or import relief has been granted from sales tax or import tax in accordance with Article 3, paragraph 1, or Article 4, the part of sales tax or import tax corresponding to the disposal price shall be paid to the Ministry for Finance. For the sake of simplicity, the tax amount to be paid can be determined by applying the relevant taxation rate on supply of the article at the time of its disposal. Article 3, paragraph 4, shall apply.

Article 6

(1) Both allowances paid by the Executive Board of the European Schools to Directors and teaching staff of the Schools, based on the applicable provisions governing the status of staff seconded to the European Schools, shall be exempt from the portion of income tax attributed to them.

(2) The salaries and similar emoluments which another Statute Member represented on the Executive Board pays to staff seconded to the Schools for work in these Schools, including the Director, which are subjected to income tax by the seconding Member, shall, on the assumption of reciprocity, be exempt from the income tax applicable thereto.

Article 7

The Members of the Executive Board and Boards of Inspection shall enjoy, during their terms of office and their travel to and from the meeting place:

1. Safety from interference for all their official papers and documents;
2. Exemption from all travel restrictions and foreigners' compulsory registration;
3. The same waivers in respect of currency and foreign exchange controls as representatives of foreign governments on temporary official mission.

Article 8

Staff seconded to the Schools, members of their households and dependent family members shall not require a residence permit. The requirements in respect of compulsory registration according to registration laws of the States of the Federal Republic of Germany shall not be affected.

Article 9

On the territory of the Federal Republic of Germany, staff seconded to the Schools shall be entitled to the same privileges with regard to foreign exchange controls which are generally granted to members of staff of international organizations.

Article 10

(1) German legal provisions concerning compulsory participation in statutory sickness, accident and pension insurance, as well as child benefits, and compulsory contribution and assessment according to the Labour Promotion Law, shall not apply to staff seconded to the Schools, subject to paragraphs 2 and 3,

1. in so far as these employees belong to the social security system of the European School, and
2. provided the Government of the Federal Republic of Germany, after consulting the Executive Board on the matter, establishes that the social provisions for the European School system are sufficient, and exemption from German regulations according to this clause is justified in terms of the interests of the European Schools and their staff. Exemption from German regulations shall come into effect from the time the statement of the representative of the Federal Republic of Germany is published in the Federal Gazette. It shall also apply retroactively to the period preceding the statement as

specified in the statement, but at least for five years before the publication of said statement in the Federal Gazette.

(2) An employee who is employed by a School at the time the statement according to paragraph 1, point 2, is submitted shall receive exemption from the regulations concerning the obligation to insure in the statutory pension insurance scheme on the basis of paragraph 1 only in case of his consent. Consent shall be notified to the provider of the pension insurance scheme within one year after the Government of the Federal Republic of Germany has made the statement according to paragraph 1, point 2. The time limit shall also apply if the statement is made in respect of an incompetent pension insurance provider. The obligation to insure shall lapse upon receipt of the statement of consent. The employee can decide that the obligation to insure shall lapse at an earlier point in his employment at a School, but not earlier than the time specified in the statement by the Government of the Federal Republic of Germany in accordance with the last sentence of paragraph 1, point 2.

(3) Freedom of affiliation and exemption from compulsory insurance according to the statutory pension insurance regulations shall take precedence over exemption according to paragraphs 1 and 2.

Article 11

(1) If compulsory contributions to the statutory pension insurance scheme are paid for a period which is not subject to compulsory insurance based on Article 10, these contributions shall be refunded according to German regulations on wrongly paid contributions. In so far as a refund has been validated, after the Executive Board has been consulted in accordance with Article 10, paragraph 1, point 2, with priority given to establishing or replenishing the expectancy rights of the employee in the welfare system of the organization, the contributions shall be paid out thereto. The refund demand shall lapse, notwithstanding Article 27, paragraph 2, of the Fourth Book of the Social Code, four years after the end of the calendar year in which the statement according to Article 10, paragraph 2, was made. Unrefunded contributions shall count as payment for voluntary insurance without any official action being required, if legislation to that effect existed at the time of payment.

(2) Compulsory contributions to statutory sickness and accident insurance as well as contributions and assessments under the Labour Promotion Law paid for the period before 14 August 1985 shall not be refunded.

Article 12

The relief measures provided for in this Agreement shall be granted to the directors, teaching staff and administrative personnel of the Schools exclusively in the interests of the Schools. Measures to recall a member of staff seconded to the Schools on the grounds of public order or public safety shall be instituted by the Government of the Federal Republic of Germany only after the representative of the Executive Board has received a hearing.

CHAPTER 3. FINAL PROVISION

Article 13

This Agreement shall come into force on the day on which the Government of the Federal Republic of Germany notifies the Executive Board of the European School that the domestic requirements for entry into force have been fulfilled.

DONE in Brussels on 16 December 1993 in duplicate in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

DIETRICH V. KYAW

For the Executive Board of the European School:

JORGEN OLSEN

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD CONCERNANT LES ÉCOLES EUROPÉENNES À KARLSRUHE ET À MUNICH

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Conseil d'administration des Écoles européennes,

Animés du désir, aux fins de l'article 28 des statuts de l'École européenne signé le 12 avril 1957 à Luxembourg, de se conformer aux dispositions de l'article premier du Protocole relatif à la création des Écoles européennes signé le 13 avril 1962 à Luxembourg et de prendre les mesures qui s'imposent pour faire en sorte que l'École européenne de Karlsruhe et l'École européenne de Munich (dénommées ci-après « les Écoles ») puissent remplir leur mission dans les meilleures conditions, que ce soit sur le plan intellectuel ou matériel,

Sont convenus de ce qui suit :

CHAPITRE I. BÂTIMENTS ET ÉQUIPEMENTS DES ÉCOLES

Article premier

(1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à mettre gratuitement à la disposition du Conseil d'administration des Écoles européennes les bâtiments et équipements initiaux, tels que le mobilier et le matériel didactique, nécessaires à leur fonctionnement pendant toute leur existence.

(2) La République fédérale d'Allemagne et la ville de Karlsruhe restent propriétaires des terrains de l'école de Munich ou de Karlsruhe, respectivement, des bâtiments qui y sont construits ainsi que de leurs équipements initiaux. Elles assurent l'entretien des bâtiments et assument les risques habituellement supportés par le propriétaire. Les charges courantes et les frais d'entretien nécessités par leur utilisation ainsi que la responsabilité pour les dommages encourus à la suite de leur utilisation, notamment la responsabilité civile de l'utilisateur pour les dommages occasionnés aux biens utilisés, relèvent des écoles et sont prises en charge par celles-ci. Les équipements et le matériel didactique qui leur sont procurés restent la propriété des Écoles.

(3) La République fédérale d'Allemagne et la ville de Karlsruhe assurent les bâtiments des Écoles conformément aux dispositions en vigueur localement.

CHAPITRE 2. PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS

Article 2

(1) Les bâtiments des Écoles sont placés sous la protection spéciale des autorités allemandes.

(2) Les dossiers des Écoles sont confidentiels. Toutefois, il est possible de consulter les fichiers dans le cadre de poursuites pour des faits punissables, par l'intermédiaire des autorités chargées des poursuites. Quoiqu'il en soit, les dossiers personnels des enseignants qui ne possèdent pas la nationalité allemande ne peuvent en tout cas être consultés qu'avec le consentement préalable du représentant du Conseil d'administration.

Article 3

(1) Si les Écoles ont acquis du matériel ou reçu des services destinés exclusivement à couvrir les besoins visés dans ses statuts, le Ministère des finances, sur demande, remboursera en puisant dans ses recettes la taxe de vente qui leur a été portée en compte et qu'elles ont acquittée dès l'instant où le montant de la taxe dépasse dans chaque cas d'espèce la somme de cinquante deutsche marks. La première phrase ne s'applique pas aux denrées alimentaires ni aux produits du tabac.

(2) Le remboursement au titre du paragraphe 1 n'est accordé que si les autres membres statutaires octroient un allègement fiscal correspondant aux Écoles européennes établies sur leur territoire.

(3) Les demandes de remboursement seront adressées par chaque École prise individuellement au Ministère des finances et accompagnées des factures correspondantes. Chaque demande doit être déposée avant la fin de l'année civile qui suit celle dans laquelle la taxe de vente a été perçue. Elle doit reprendre l'ensemble des demandes de remboursement se rapportant à une période comptable, laquelle doit couvrir au moins un trimestre. Les Écoles doivent être informées par écrit si les demandes ne sont pas acceptées.

(4) Le Ministère des finances sera immédiatement informé par l'École concernée si le montant de la taxe est diminué. La somme qui a été remboursée en surplus doit être reversée dans le mois qui suit l'avis informant le Ministère de la diminution. Le trop perçu peut être compensé sur la taxe de vente remboursable faisant l'objet d'une demande déposée au cours de cette période.

Article 4

L'importation de matériel destiné exclusivement à couvrir les besoins des Écoles visés dans leurs statuts est exonérée de la taxe à l'importation. Cette exemption ne s'applique pas à l'importation de denrées alimentaires ni de produits du tabac. Le paragraphe 2 de l'article 3 est mutatis mutandis d'application.

Article 5

Si du matériel que les Écoles ont acquis ou importé pour couvrir les besoins visés dans leurs statuts est cédé et pour l'acquisition ou l'importation duquel une exemption de la taxe de vente ou une exonération des droits d'importation leur a été accordée conformément au paragraphe 1 de l'article 3 ou de l'article 4, la partie de la taxe de vente ou des droits d'importation correspondant au prix de cession doit être versée au Ministère des finances. Pour des raisons de simplification, le montant de la taxe ou des droits à verser peut être calculé en appliquant le taux d'imposition applicable à la fourniture du matériel au moment de sa cession. Le paragraphe 4 de l'article 3 est mutatis mutandis d'application.

Article 6

(1) Les deux suppléments de salaire versés par le Conseil d'administration des Écoles européennes aux directeurs et aux enseignants des Écoles en vertu des dispositions applicables du statut des Écoles européennes du personnel enseignant sont exonérés de la partie de l'impôt sur le revenu qui leur est attribuée.

(2) Les traitements et autres indemnités assimilées qu'un autre membre statutaire représenté au Conseil d'administration verse au personnel qu'il a détaché dans les Écoles, y compris au directeur, pour leur activité dans les Écoles sont, sous réserve de réciprocité, exonérés de l'impôt sur le revenu sur la partie qui leur est applicable, si l'État membre d'envoi les soumet à ses impôts sur le revenu.

Article 7

Les membres du Conseil d'administration et des Comités d'inspection bénéficient des avantages suivants au cours de leur mandat, ainsi que lors de leurs déplacements dans le cadre de réunions :

1. Sécurité contre toute ingérence dans leurs dossiers et documents officiels;
2. Exemption de toutes les restrictions de voyage et l'enregistrement obligatoire des étrangers;
3. Mêmes dérogations quant aux contrôles du change de devises en tant que représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article 8

Les agents étrangers des Écoles ainsi que les membres faisant partie de leur ménage et les membres de la famille qui sont à leur charge ne sont pas soumis aux exigences requises en matière de permis de séjour. Les dispositions applicables en matière d'enregistrement obligatoire en vertu des lois des États fédérés de la République fédérale d'Allemagne restent inchangées.

Article 9

Les agents étrangers des Écoles peuvent prétendre sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne aux mêmes privilèges en matière de réglementation des changes que ceux accordés en général aux membres du personnel des organisations internationales.

Article 10

(1) Sous réserve des paragraphes 2 et 3, la réglementation allemande régissant l'obligation de s'assurer auprès d'une caisse d'assurance maladie, d'assurance accident et d'assurance retraite, la réglementation sur les allocations familiales ainsi que les cotisations et l'imposition obligatoires en vertu de la loi favorisant la création d'emplois ne s'appliquent pas au personnel enseignant et administratif des Écoles,

1. Pour autant que ces agents soient affiliés au régime de sécurité sociale de l'École européenne; et
2. Pour autant que la République fédérale d'Allemagne, après avoir consulté le Conseil d'administration, lui confirme que les prestations sociales du régime de l'École européenne sont suffisantes et que la dispense d'application des réglementations allemandes en vertu de la présente clause est justifiée et dans l'intérêt des Écoles européennes et de leur personnel enseignant; cette dispense prend effet à la date de publication de la déclaration faite par le représentant de la République fédérale d'Allemagne dans le Journal officiel allemand; elle s'applique également rétroactivement à la période antérieure à la déclaration qui y est indiquée, et ce pour autant que cette période précède d'au moins cinq ans la publication de ladite déclaration au Journal officiel allemand.

(2) Un agent qui serait employé par une École au moment où la déclaration visée au point 2 du paragraphe 1 est faite bénéficierait de l'exemption des réglementations relatives à l'obligation de s'affilier au régime légal d'assurance retraite auquel il est fait référence au paragraphe 1, et ce uniquement si celui-ci a donné son consentement. Ce consentement est notifié à la caisse d'assurance retraite dans un délai d'un an suivant la date à laquelle la déclaration visée au point 2 du paragraphe 1 est faite par la République fédérale d'Allemagne; ce délai est également accordé si la déclaration est faite à une caisse d'assurance retraite pension incompétente. L'obligation de s'assurer expire dès la réception de la déclaration du consentement. L'agent peut décider que l'obligation de s'assurer expire à un moment antérieur à son engagement par l'École, mais pas plus tôt cependant que la date indiquée dans la déclaration faite par la République fédérale d'Allemagne conformément à la dernière phrase du paragraphe 1, point 2.

(3) La liberté d'affiliation et l'exemption des réglementations relatives à l'assurance obligatoire au régime de retraite légal priment sur l'exemption visée aux paragraphes 1 et 2.

Article 11

(1) Si des cotisations obligatoires au régime légal d'assurance retraite pension sont versées pour une période qui n'est pas soumise à l'assurance obligatoire en vertu de l'article 10, ces cotisations doivent être remboursées conformément à la réglementation allemande sur les cotisations indûment versées. Pour autant qu'un remboursement soit réclamé, les cotisations sont remboursées à l'agent après consultation du Conseil d'administration conformément à l'article 10, paragraphe 1, point 2, prioritairement à la constitution ou à la reconstitution des droits en cours d'acquisition de l'agent dans le régime de sécurité sociale de l'organisation. Le droit au remboursement expire, nonobstant le paragraphe 2 de l'article 27 du Quatrième tome du Code de droit social, quatre ans après la fin de l'année civile au cours de laquelle la déclaration visée au paragraphe 2 de l'article 10 a été faite. Les cotisations non remboursées comptent comme paiement de l'assurance volontaire sans que cela ne nécessite aucune démarche officielle, si une législation à cet effet existait au moment du versement.

(2) Les cotisations obligatoires à l'assurance légale couvrant les maladies et les accidents ainsi que les cotisations et participations prévues par la loi favorisant la création d'emplois acquittées pour la période antérieure au 14 août 1985 ne sont pas remboursées.

Article 12

Les allègements prévus dans le présent Accord sont accordés aux directeurs, aux enseignants ainsi qu'au personnel administratif des Écoles exclusivement dans l'intérêt de celles-ci. Les mesures visant à rappeler un membre du corps enseignant des Écoles pour des motifs d'ordre public ou de sécurité publique ne peuvent être prises par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qu'après avoir entendu le représentant du Conseil d'administration.

CHAPITRE 3. DISPOSITION FINALE

Article 13

Le présent Accord prendra effet le jour où le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne aura avisé le Conseil d'administration de l'École européenne de ce que les conditions requises par le droit interne pour son entrée en vigueur auront été remplies.

FAIT à Bruxelles le 16 décembre 1993 en deux exemplaires originaux rédigés en langue allemande.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

DIETRICH V. KYAW

Pour le Conseil d'administration de l'École européenne :

JORGEN OLSEN